

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 51 (1957)
Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : noch mehr Kalter Krieg ; Nixon in der Kulisse ; Sputnikdiplomatie? ; England in Schlüsselstellung ; In Frankreich : Weiterwursteln

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140214>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dann Ägypten und Israel imstande sein, das Beispiel der Großmächte zu befolgen. So auch die Staaten Südamerikas . . . Die Erfahrung zeigt, daß von Zeit zu Zeit die Macht dieses oder jenes Landes in die Hände von Regierenden fällt, die man nicht als normal bezeichnen kann. Kann man daran zweifeln, daß Hitler, wenn es an ihm gelegen wäre, die ganze Menschheit ins Verderben mitgerissen hätte? Aus solchen Gründen ist es absolut erforderlich, der Verbreitung von Nuklearwaffen ein Ende zu setzen. Dies kann durch ein Abkommen zwischen Rußland und Amerika geschehen, weil sie irgendeinem dritten Land, das auf der Herstellung solcher Waffen besteht, militärische oder wirtschaftliche Hilfe verweigern können . . .

3. Sowohl Rußland wie Amerika könnten neun Zehntel ihrer gegenwärtigen Ausgaben sparen, wenn sie ein Bündnis schließen und sich der Rettung des Weltfriedens widmen würden . . .

4. Ich bin davon überzeugt, daß Sie beide froh wären, wenn sich ein Weg fände, die schleichende Angst, die gegenwärtig auf der Menschheit lastet, zu zerstreuen. All diese Angst, all diese Verzweiflung, all diese Verschwendung ist absolut unnötig. Es braucht nur eins, um die dunklen Schatten zu zerstreuen und es der Welt zu ermöglichen, in das helle Licht der Hoffnung einzutreten. Was nützt, ist, daß Ost und West ihre Rechte gegenseitig anerkennen und zugeben, daß jeder lernen muß, neben dem anderen zu leben, und daß beide im Versuch, ihre verschiedenen Ideologien zu verbreiten, Argumente statt Gewalt anwenden . . .

Ich schlage Ihnen vor, meine Herren, daß Sie zu einer offenen Besprechung über die Bedingungen dieser Koexistenz zusammenkommen, daß Sie nicht mehr versuchen, diesen oder jenen mehr oder weniger heimlichen Vorteil für Ihre Seite zu gewinnen, sondern jenes Übereinkommen und jene Verständigung in der Welt zu fördern, die die Möglichkeit zukünftigen Streites aus der Welt schafft. Dies würde die Welt als Ihre Tat begrüßen, glaube ich, und die gesunden Kräfte, erlöst von ihrer langen Knechtschaft, könnten für die Zukunft ein Leben der Kraft, der Erfüllung und Freude verbürgen, die vollkommener wäre als irgend etwas in den glücklichsten Zeiten der Vergangenheit . . .

WELTRUNDSCHAU

Noch mehr Kalter Krieg Daß am Ende dieses denkwürdigen Jahres 1957 der Kalte Krieg zwischen den beiden großen Machtlagern sich aufs neue verschärft hat, statt entscheidend gemildert und seiner Aufhebung entgegengeführt zu werden, gehört zu den großen Unbegreiflichkeiten unserer Zeit und ist ein weiterer Beweis dafür, daß in der heutigen Politik nicht Vernunft und

Gewissen das letzte Wort sprechen, sondern Leidenschaft und kurz-sichtiges Interesse. Denn nicht wahr, die Herstellung interkontinentaler Ferngeschosse und die technisch damit zusammenhängende Aus-sendung von künstlichen Erdsatelliten durch die Russen hätten doch, da die Amerikaner selbstverständlich zu den gleichen Leistungen fähig sind, vernünftigerweise hüben wie drüben endgültig der Einsicht zum Durchbruch verhelfen müssen, daß das Wettrüsten auf die Länge kei-nem der beiden Konkurrenten einen ausschlaggebenden Vorteil gegen-über dem andern zu sichern vermag, sondern nur eine neue, diesmal unabsehbar grauenhafte Vernichtungskatastrophe über die Völker bringen kann, daß also Krieg und Kriegsdrohung ein für allemal ihre Rolle als Mittel der Politik ausgespielt haben. Statt dessen erleben wir es also, daß beide Machtverbände den Kalten Krieg mit noch größerer Verbissenheit und Tatkraft fortsetzen. Den Westmächten fällt es gar nicht ein, den längst offenbaren Bankerott ihrer berüchtigten «Politik der Stärke» einzugestehen; «jetzt erst recht für den Kriegsfall rüsten, rüsten und nochmals rüsten» – das ist ihre Weihnachtslosung gewor-den. Und die Leiter der Sowjetunion wissen in ihrem jungen Selbst-gefühl nichts Gescheiteres zu tun, als nun ebenfalls den starken Mann zu spielen und auf ihre allvernichtenden Kriegsmittel zu pochen, die sofort in Bewegung gesetzt würden, falls die anderen doch einmal los-schlagen sollten.

Sagen wir es aber gleich hier: Die Verantwortung auch für die neue Verschärfung der weltpolitischen Spannung ist nicht etwa im Verhält-nis 50:50 geteilt; sie liegt eindeutig ganz überwiegend bei den West-mächten. Dies nicht nur darum, weil die Russen schon nach der Aus-sendung des Sputnik Nr. 1 vorgeschlagen haben, alle künftig herzu-stellenden Erdsatelliten seien der gemeinsamen Aufsicht der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu unterstellen, und nachher außerdem eine Spitzenkonferenz der beiden Staatenbünde anregen, die neue Wege zum friedlichen Zusammenleben suchen sollte – Vorschläge, die natürlich von Washington, London und Paris ohne Besinnen abgelehnt wurden, weil sie ja doch nur Propagandamanöver seien und den Zweck hätten, Amerika von seinen europäischen Verbündeten zu trennen. Die Verantwortung bleibt vielmehr vor allem deswegen am Westbund hängen, weil seine heutige Haltung nur die Fortsetzung jener unseligen Politik ist, die im Vertrauen auf Amerikas Atombombenbesitz und Wirtschaftsmacht seit Jahr und Tag die gewaltsame Zurückdrängung, ja Zerschlagung der Sowjetunion erstrebt.

Schon 1941 verkündete Henry R. Luce, der mächtige Zeitschriften-könig der Vereinigten Staaten, das herannahende «Amerikanische Jahr-hundert». Außenminister James Byrnes aber sagte im Juli 1945 ganz unverblümt: «Was wir jetzt zu tun haben, ist nicht, die Welt für die Demokratie sicherzustellen, sondern die Welt für die Vereinigten Staa-ten sicherzustellen.» Und später entstanden dann jene «Eindämmungs»- und «Befreiungs»-Lehren, die Amerika die Aufgabe zuwiesen, auf den

Ostblock einen derart unwiderstehlichen Druck auszuüben, daß das Ergebnis «entweder der Zusammenbruch oder die allmähliche Aufweichung der Sowjetmacht» sein müsse, wie sich G. F. Kennan, der Vater der «Containment»-Politik, ausdrückte, der später freilich erheblich nüchternere Formulierungen fand. Denn mit dem «Amerikanischen Jahrhundert» war es ja nur allzubald fertig; es dauerte – wenn man sein Ende auf 1957 ansetzt – nicht viel länger als das «Tausendjährige Reich» Hitlers. «Die Annahme, daß die Vereinigten Staaten die Macht hätten, die Sowjetunion zur Kapitulation vor den amerikanischen Bedingungen zu zwingen, ist», so stellt Professor W. Williams in «The Nation» (2. November) fest, «die grundlegende Schwäche der Vorstellung Amerikas von sich selber und der Welt . . . Amerika ist weder die letzte und beste Hoffnung der Welt noch der Willensvollstrecker der Kultur, der zur Vernichtung der Barbaren berufen ist. Wir haben viel zu bieten, aber auch viel zu lernen. Und die Grundlehre ist, daß wir Führerschaft unter Gleichen fälschlicherweise mit der Ausübung einer Oberherrschaft über andere gleichsetzten.»

Der Anspruch Amerikas, als Hauptbollwerk des Weltkapitalismus auch Vorkämpfer von Freiheit und Menschenrecht auf dem Erdenrund zu sein und den Kommunismus «so oder so» unschädlich machen zu können, ja zu müssen, ist natürlich ebenso anmaßend wie lächerlich und wird denn auch von den Völkern aller Kontinente mit wachsender Entschiedenheit abgelehnt. Nur weigern sich seine Führer noch immer aufs hartnäckigste, diesen Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen. Und das Minderwertigkeitsgefühl, das weiteste Kreise des amerikanischen Volkes angesichts der raketentechnischen Leistungen der Russen ergriffen hat, ist ihnen gerade gut genug, um ihnen für eine neue Aufpeitschung des Antikommunismus und des Rüstungswillens wirksamste Helferdienste zu leisten. «Zum erstenmal in der Geschichte», so heißt es in der vielgelesenen Wochenschrift «Newsweek» (11. November), «befindet sich die westliche Welt in tödlicher Gefahr seitens des Ostens. Noch besteht die Möglichkeit, den Vorsprung einzuholen. Aber nur durch äußerste wissenschaftliche und finanzielle Anstrengung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten ist das zu erreichen.»

Auf diesen Ton sind – nach anfänglichen vergeblichen Beschwichtigungsversuchen – fast alle öffentlichen Äußerungen in den USA zu den Erfolgen der russischen «Konkurrenz» gestimmt. Zwar vernimmt man auch ruhigere Urteile. «U. S. News & World Report» (15. November) zum Beispiel meint: «Weder Amerika noch Sowjetrußland besitzt heute ein 5000 Meilen tragendes Ferngeschoß als Waffe für sofortigen Gebrauch. Beide sind wahrscheinlich noch zwei Jahre von diesem Ferngeschoß entfernt . . . An verfügbaren Massenvernichtungswaffen ist Amerika gerade jetzt im Vorsprung.» Aber, so fügt das Blatt doch bei: «Das Prestigegleichgewicht ist gestört, und Amerika ist dabei zeitweilig der Verlierer. Rußland erscheint plötzlich stärker.» Dieses Verhältnis umzukehren – das ist jetzt in den Vereinigten Staaten das

fieberhaft verfolgte Ziel. Die Arbeiten für die Vervollkommnung der Raketentechnik und die Aussendung auch amerikanischer Erdsatelliten werden mit aller Macht beschleunigt. Die amerikanischen Bomber über Großbritannien sind mit Kernsprengköpfen versehen worden; ja, «ein Teil der Bomber befindet sich seit der Erhöhung des Alarmzustandes dauernd in der Luft, als Gegengewicht gegen die Möglichkeit eines sowjetischen Raketenüberfalls», wie die «Neue Zürcher Zeitung» befriedigt aus London meldet! Auch Frankreich kündigt die beschleunigte Entwicklung von Atombomben an, um die vierte Atommacht der Welt zu werden. Westdeutschland wird wohl in Bälde folgen. Kurz, die Regierungen und Militärkreise der Westmächte tun ihr Mögliches, um eine «Sputnikpanik» zu erzeugen und sie für gesteigerte Militärrüstungen auszunützen – und mehr oder weniger neutrale Länder wie unsere Schweiz segeln im gleichen Fahrwasser. Innert kurzem aber wird in Paris der Oberste Rat der NATO in «Starbesetzung» zusammentreten, um dem Westbund verstärkte Vollmachten für die Förderung der kriegswissenschaftlichen Forschung und die Steigerung seiner militärischen Schlagkraft zu geben. Und inzwischen reisen die Diplomaten und Militärs der «freien Nationen» aufgeregt in der halben Welt herum, um die kommenden «großen Entscheidungen» vorzubereiten. Der Kalte Krieg erfährt so eine unheimliche Neubelebung, deren Anstifter und Nutznießer sich verzweifelt dagegen wehren, diejenigen Folgerungen aus der Revolution der Kriegstechnik zu ziehen, die sich dem vielgepriesenen gesunden Menschenverstand mit letzter Klarheit und elementarer Wucht aufdrängen sollten.

Nixon in der Kulisse In diesen ganzen Vorkriegsbetrieb hat nun freilich die neue Erkrankung Präsident **Eisenhows** eine arge Störung gebracht. Der Regierungschef der Vereinigten Staaten ist zwar schon längst nur noch stark vermindert arbeitsfähig; die Geschäfte werden seit mindestens drei Jahren im wesentlichen von einem kleinen Kreis im Halbdunkel tätiger Männer geleitet, unter denen Sherman Adams, der «unsichtbare Präsident», und dann selbstverständlich Staatssekretär Dulles eine Hauptrolle spielen. Aber die jetzt geschaffene Lage ist – trotz der raschen Erholung Eisenhows – gleichwohl viel heikler als bei den früheren Erkrankungen des Präsidenten. Einmal hat sich das Ansehen des gefeierten «Siegere im Zweiten Weltkrieg» in den letzten Monaten sehr merklich vermindert; zahlreiche Mißgriffe und Ungeschicklichkeiten seiner Regierung, die ihm aufs Konto geschrieben wurden, seine immer häufigeren Ferienurlaube und zuletzt seine Mitverantwortung für den Rückstand der Vereinigten Staaten in der Raketentechnik haben der Volkstümlichkeit «Ikes» erheblichen Abbruch getan, zumal auch die Politiker angesichts der Gewißheit, daß Eisenhower spätestens 1960 aus dem Amt scheiden wird, immer weniger Rücksicht auf seine Meinungen nehmen zu können glauben. Sodann aber erfordert gerade die gegenwärtige inter-

ationale Lage, so wie sie sich in den Köpfen der «Kaltkrieger» spiegelt, die feste Führung der amerikanischen Politik durch einen voll einsatzfähigen Präsidenten. Der notwendige Neuaufschwung des Westbundes wie auch die Fragen der Verfügung über die Kernwaffen und des Austausches von Forschungsergebnissen unter den Verbündeten, so heißt es überall, verlangen gebieterisch an der Spitze der Vereinigten Staaten einen Mann mit ungebrochener Arbeits- und Entschlußkraft, in dessen Hand alle Fäden zusammenlaufen und der seiner weltgeschichtlichen Verantwortung auch wirklich gewachsen ist. Daß Eisenhower dieser Mann nicht ist, weiß jedes Kind; dennoch sträubt sich bisher der «Regentschaftsrat», der im Weißen Haus dirigiert, aufs heftigste gegen einen vorzeitigen Rücktritt Eisenhowers, weil dann eben automatisch Vizepräsident Richard Nixon nachrücken würde, den die «Regenten», wie man sagt, nicht riechen können. Und doch wird es immer wahrscheinlicher, daß Nixon noch vor 1960 an Eisenhowers Stelle treten wird – eine Aussicht, die um der Sache des Friedens willen etwas Erschreckendes an sich hat.

Gewiß, Nixon hat sich in der letzten Zeit alle Mühe gegeben, um zu beweisen, daß er nicht mehr der korrupte Demagog, der rabiate McCarthy-Politiker und der draufgängerische Rußland- und Chinafeind ist, als der er so lange galt. Es ist ihm klar geworden, daß die amerikanische wie die Weltöffentlichkeit ein anderes Bild von ihm haben muß, wenn er als verantwortlicher Führer der Vereinigten Staaten soll in die hohe Politik eingreifen können, und er handelt auch ganz planmäßig nach dieser Erkenntnis, um das Ziel seines Strebens, die Präsidentschaft, zu erreichen. «Wenn es jetzt einen ‚neuen Nixon‘ gibt», schrieb neulich (30. November) der «New Statesman», «so liegt das Geheimnis der Wandlung in diesem Ehrgeiz.» Aber ist das genug? Wenn nicht Überzeugung und feste Grundsätze die Haltung Nixons bestimmen, sondern Strebentum und Machthunger, kann er dann nicht aufs neue umschwenken und beispielsweise das Zeichen für den Beginn des großen Kreuzzuges gegen den Weltkommunismus geben, falls das die Rolle verlangen sollte, die er sich zurechtgelegt hat – ähnlich wie Truman Anno 1950 die Vereinigten Staaten und die NATO in den Koreakrieg führte, weil er in dessen Ausbruch den Beginn der so lange vorausgesagten Welteroberungsoffensive Moskaus sah? Nixon ist auf jeden Fall ein völlig undurchsichtiger und unberechenbarer Politiker, der für den Weltfrieden doppelt gefährlich werden kann, wenn er als Außenminister weiterhin einen Mann vom Schlag eines John Foster Dulles neben sich hat.

Mir standen solche Möglichkeiten besonders deutlich vor Augen, als ich unlängst in der Neuyorker «Nation» einen Aufsatz von Charles Edmundson, einem früheren Mitglied des amerikanischen «Informationsdienstes» in Korea, über die Spionageorganisation der Vereinigten Staaten las. Die «Zentrale Nachrichtenagentur» (CIA), wie sich der amerikanische Geheimdienst nennt, wird bekanntlich von

Allan Dulles, dem Bruder des Staatssekretärs, geleitet und beschäftigt gegen 16 000 Personen; sie verfügt über ein Ausgabenbudget von nicht weniger als 350 Millionen Dollar (rund anderthalb Milliarden Schweizer Franken). Die CIA hat ihre Finger so ziemlich in jeder Angelegenheit, die das Washingtoner Staatsdepartement beschäftigt. Sie bereitet die großen und kleineren Feldzüge der amerikanischen Außenpolitik vor, vom Staatsstreich in Teheran, der 1953 Mossadegh stürzte und General Zahedi, diesen Gefolgsmann der Vereinigten Staaten, ans Ruder brachte, und von der Gegenrevolution in Guatemala (1954) bis zum erfolgreichen Eingreifen Amerikas in Jordanien im vergangenen Frühjahr und zu dem etwas weniger erfolgreichen Versuch, auch in Syrien eine amerikahörige Regierung einzusetzen, um nur wenige Beispiele aus jüngster Zeit anzuführen.

Der USA-Geheimdienst stellt sich aber dem Staatsdepartement auch willig zur Verfügung, wenn es darauf ankommt, die internationale Lage so darzustellen, wie es ins Konzept der Washingtoner Außenpolitik paßt. Es gebe, so schreibt Edmundson, in beiden Häusern des amerikanischen Parlaments nicht wenige Abgeordnete, die Fälle anzuführen in der Lage seien, da «Spionageberichte abgefaßt wurden, um die Haltung des Staatsdepartements oder des Wehrministeriums zu stützen, obwohl die Tatsachen in eine ganz andere Richtung wiesen». Von einem hochangesehenen konservativen Senator hörte Edmundson, unter Anführung aller Beweisstücke, «eine der bittersten und vielsagendsten Anklagen gegen den amerikanischen Nachrichtendienst, die man sich überhaupt vorstellen kann. Aber der Senator wollte nicht genannt werden.» Die größte Gefahr der CIA, so betont der Verfasser, liege darum in seiner Fähigkeit, eine Lage zu schaffen, aus der unversehens der Krieg hervorbrechen könne. «Es ist keine Übertreibung, wenn man feststellt, daß die Zwischenfälle, die aus der Tätigkeit von Saboteuren und Agents provocateurs hervorgehen, eine Kette von Ereignissen nach sich ziehen können, die einen Krieg unvermeidlich machen. Die verfassungsmäßige Aufgabe des Kongresses, den Krieg zu erklären, könnte dadurch bedeutungslos gemacht werden.» Und weiter: «Die Geheimtätigkeit von Spionageagenten kann mit Leichtigkeit so gelenkt werden, daß die öffentliche Meinung im Sinne der Wünsche der Regierenden geformt wird. Wenn sich ein herausfordernder Zwischenfall ereignet, kann die Rolle der CIA bei seiner Herbeiführung nicht erzählt werden. Aber der ganze üppige Apparat der Regierungspropaganda kann so aufgezogen werden – und wird es auch tatsächlich –, daß der Zwischenfall dem im voraus festgelegten Zweck dient.» Und Staatssekretär Dulles ist, wie Edmundson sagt, durchaus entschlossen, die öffentliche Meinung Amerikas und der Welt so zu «kanalisieren», daß es als patriotische Treuepflicht erscheint, die Politik der Regierung zu unterstützen – «eine anmaßende Verleugnung der Grundbegriffe der Demokratie» in den Augen des Verfassers, der aus genauer Kenntnis der Dinge urteilt. Nixon, die beiden Dulles, dazu

noch vielleicht ein oberster Stabschef der Wehrmacht von der Art eines Radford – was für unabsehbare Unheilsmöglichkeiten öffnen sich da, wenn in den Händen solcher Männer die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt!

Sputnikdiplomatie! «Aber die Machthaber im K r e m l – was ist von d e n e n zu gewärtigen, wenn es einmal um letzte Beschlüsse über Völkerschicksale und Waffeneinsatz gehen sollte? Haben wir nicht das ungarische Trauerspiel miterlebt? Hat Moskau nicht jüngst im Orient die Kriegsflamme anzublasen versucht? Ist die ‚Sputnikdiplomatie‘, die es jetzt betreibt, die verschärfte Sprache, die es im Bewußtsein der sowjetischen Überlegenheit an Raketenwaffen gegenwärtig führt, nicht ebenfalls in hohem Maße friedensgefährdend?» So fragt man unter uns vielfach mit echter Sorge und Unheilsahnung.

Über die Schuld, die die Sowjetführung mit der gewaltsamen Unterdrückung des ungarischen Aufstandes auf sich geladen hat, habe ich seinerzeit alles Nötige an dieser Stelle gesagt. Ich habe dem nichts hinzuzufügen als immer wieder die Frage: Hätten die Westmächte anders gehandelt, wenn in i h r e m Einflußgebiet ein Aufstand ausgebrochen wäre? Handeln etwa die Franzosen anders in Algerien? Handelten sie anders auf Madagaskar? Und die Engländer in Kenya, auf Zypern usw?

Was dann den Orient betrifft, so habe ich ebenfalls, und wiederholt, hier gesagt, was zu sagen war: daß die Westmächte, und nach dem Versagen Großbritanniens und Frankreichs nun vorab die Vereinigten Staaten, den Mittelosten als ihr ausschließliches Herrschaftsgebiet ansehen; daß sie die sowjetfeindliche Bagdadpakt-Organisation ins Leben riefen; daß sie i h r e Waffenlieferungen an Irak, Jordanien und Saudiarabien ganz normal finden, es aber als Herausforderung erklären, wenn die Sowjetunion Waffen nach Ägypten und Syrien liefert; daß Syrien wohl wie Jordanien ein Satellitenstaat Amerikas geworden wäre, wenn es nicht wirtschaftliche und militärische Hilfe von seiten der Sowjetunion angenommen hätte. In Moskau hat man sicher die Syrien von der Türkei her drohende Gefahr absichtlich aufgebauscht, aber es gibt doch zu denken, wenn Chruschtschew immer wieder erklärt, die Sowjetunion habe Beweise dafür, daß der amerikanische Unterstaatssekretär Henderson auf seiner Orientreise die Türkei gegen Syrien in Bewegung zu setzen versucht habe – derselbe Henderson übrigens, der zusammen mit Allan Dulles von der Schweiz aus den vorhin erwähnten Staatsstreich in Teheran angezettelt hat, wie in der «Saturday Evening Post» vor drei Jahren enthüllt wurde. Hätte diesem ganzen Treiben die Sowjetunion, die Nachbarin der Türkei und Persiens, ruhig zusehen sollen?

Mit der «Sputnikdiplomatie» aber verhält es sich nach meiner Kenntnis der Dinge so: Die Sowjetunion hat durch ihre Leistungen in

der Raketentechnik ein neues Selbstbewußtsein gewonnen. Die Minderwertigkeitsgefühle sind verschwunden und haben einem neuen Kraft- und Machtgefühl Platz gemacht, das durch die Huldigungen an die Sowjetunion, wie sie das Revolutionsjubiläum brachte, noch gestärkt wurde. Es findet seinen Ausdruck auch in dem «Neuen Kommunistischen Manifest», das, unterzeichnet von zwölf kommunistischen Regierungsparteien (ohne Jugoslawien), am Schluß der Moskauer Vierzigjahrfeier erlassen wurde. (Eine zweite Kundgebung, die im besonderen dem Kampf für den Frieden gewidmet ist, wurde von allen 64 kommunistischen Parteien unterzeichnet, die in Moskau vertreten waren.) In diesem Dokument wird eine auffallend scharfe Sprache gegen die reaktionär-kapitalistischen Kräfte der Welt geführt; die unüberbrückbare Gegensätzlichkeit der beiden um die Vorherrschaft ringenden Gesellschaftssysteme wird mit Nachdruck hervorgehoben, so daß es nicht wunder nimmt, wenn auch die jüngsten amtlichen und halbamtlichen Äußerungen der Sowjetpolitik den Eindruck größerer Verhärtung und Versteifung machen, als gewisse Kundgebungen der «Vor-Sputnik-Zeit» dies taten. Das ist ohne Zweifel verkehrt; gerade die neugefestigte Weltstellung der Sowjetunion hätte sie zu einer großzügigen Friedens- und Verständigungsgebärde veranlassen sollen, die diesmal, wenn dahinter eine folgerichtige, ausgearbeitete Koexistenz- und Abrüstungspolitik sichtbar geworden wäre, schwerer unter den Tisch zu wischen gewesen wäre als frühere «Friedensoffensiven» der Sowjetdiplomatie. Statt dessen hilft das zur Schau getragene Kraftgefühl der Russen nur mit, den Westen in seiner – wenn auch noch so unehrlichen – «Abwehrhaltung» gegenüber der «tödlichen Bedrohung aus dem Osten» zu bestärken.

Um so mehr muß man hoffen, daß die wirklichen Triebkräfte der sowjetischen Außenpolitik, vor allem ihr Streben nach Sicherung des riesenhaften inneren Aufbauwerkes vor neuen kriegerischen Erschütterungen und Rückschlägen, allmählich auch im Westen besser verstanden werden – allen Verzerrungen und Entstellungen einer tendenziösen Propaganda zum Trotz. Auf jeden Fall wirft sich jetzt die sowjetische Wirtschaftspolitik mit voller Kraft auf die Durchführung ihrer «Operation Lebenshaltung», also ihres großen Planes für die rasch fortschreitende Versorgung des Volkes mit allen wichtigeren Verbrauchsgütern, eingeschlossen namentlich gute und genügende Wohnräume. Ich für meinen Teil habe keinen Zweifel am Gelingen dieses Planes, immer vorausgesetzt natürlich, daß der äußere Frieden gewahrt bleibt. Die Hebung der sowjetischen Lebenshaltung auf die Höhe der fortgeschrittensten westlichen Nationen ist grundsätzlich kein Problem mehr; es ist lediglich eine Frage der Zeit – und wahrscheinlich kurzer Zeit –, daß es so weit kommt. Die wirklichen Probleme, mit denen es die Sowjetunion zu tun hat und immer mehr zu tun haben wird, liegen jenseits der Aufgabe, Mangel und Lebensunsicherheit zu besiegen, die Arbeitszeit zu verkürzen, Volksbildung und Volksgesund-

heit auf breitester Grundlage zu fördern. Sie liegen – wie ich hier zuletzt im Novemberheft sagte – auf geistig-sittlichem Gebiet, im Bereich der Weltanschauung, in der Notwendigkeit der Untermauerung der neuen sozialistischen Ordnung durch einen lebendigen Geist der Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit. In Gestalt des Ringens um Demokratisierung und Liberalisierung erhebt sich diese Aufgabe schon jetzt mit wachsendem Ernst. Es geht auch hier vorwärts. Zwar ist, wie Gilles Martinet im Pariser «Observateur» (28. November) sagt, im Kampf um die «richtige Linie» innerhalb der kommunistischen Parteiführung immer noch einzig der Sieger befugt, die Öffentlichkeit über die Natur und den Verlauf des Konfliktes aufzuklären. «Aber er behauptet doch nicht mehr, seine Gegner stünden im Solde des ausländischen Imperialismus, und er schlachtet sie auch nicht mehr ab. Das ist natürlich eine große Wandlung gegenüber der Zeit, da auf Befehl Stalins 70 Prozent der Mitglieder des Zentralkomitees des Verrats beschuldigt, verhaftet und erschossen wurden! Der Tag wird kommen, wo ein noch viel entscheidenderer Fortschritt vollzogen werden muß, wo die gegensätzlichen Richtungen in öffentlicher Aussprache ihre Auffassungen werden vertreten können, und das heißt, wo sie die Volksmassen – und nicht mehr die Generäle des Moskauer Militärbezirkes – zum Entscheid über ihre Streitpunkte aufrufen werden . . . Die Sowjetwelt hat sich oft als äußerst brutal und barbarisch enthüllt. Aber gleichzeitig hat sie auch die wirtschaftlichen Grundlagen einer Demokratie geschaffen, die unendlich umfassender und wirklicher sein könnte als diejenige der kapitalistischen Länder.»

England in Schlüsselstellung Das alles hängt freilich – man muß immer daran denken – ganz vom Erfolg der Bemühungen ab, das friedliche Zusammenleben der Völker auf eine gesicherte Grundlage zu stellen. So wie es jetzt zugeht, darf es ja nicht weitergehen. J. B. Priestley, der im Zweiten Weltkrieg in so außerordentlichem Maße das Ohr des britischen Volkes hatte, sagte es letzthin in einem seither weitverbreiteten Aufruf (der zuerst im «New Statesman» erschienen ist) gerade heraus: Alles scheint darauf hinzuweisen, daß unsere Zivilisation in krankhaftem Selbstzerstörungswahn ihren Untergang vorbereitet. Das internationale Leben hat etwas Nachtwandlerisches, Schlaftrunkenes an sich; die Reden, die man hört, werden bedeutungslos, die Konferenzen bringen es zu nichts, es ist, wie wenn wir alle unter einem Bann von Furcht und Gleichgültigkeit stünden. «Aber», so ruft er mit vollem Recht aus, «es ist möglich, den Bann zu brechen. Wenn es möglich ist, so nur durch eine unermesslich entscheidende Gebärde, einen klaren Willensakt . . . Kurz und gut: jetzt, da England die Welt hat wissen lassen, daß es die H-Bombe auch habe, sollte es so bald als möglich verkünden, daß es damit fertig sei, daß es entschlossen sei, unter allen Umständen auf Kriegführung mit Kernwaffen zu verzichten. Das ist nicht Pazifismus . . . Nein, was wir

fahrenlassen sollten, das ist die Vorstellung, daß die Drohung mit Vergeltung abschreckend wirken könne. Darin liegt keine wirkliche Sicherheit, keine Anständigkeit, kein Glaube, keine Hoffnung, keine Liebe . . . Je schneller das Tempo (des Wettrüstens) wird, je schärfer die Konkurrenz, desto mehr wird das Undenkbare zum Unvermeidlichen. Die Waffen werden das Kommando übernehmen, und die Abschreckungsmittel werden nicht mehr wirken.»

Die gleiche Forderung – Großbritannien müsse mit dem unwiderruflichen Verzicht auf die Anwendung von Kernwaffen vorangehen und damit die entscheidende Bresche in den Bollwerken der Kriegskräfte aufreißen – wird auch sonst von einer immer wachsenden Schar denkender Engländer erhoben. Das Risiko eines solchen Vorgehens wird dabei keineswegs übersehen, aber auch sehr nachdrücklich betont, daß Englands Mitgliedschaft in der NATO ihm eine sehr starke Karte in die Hand gebe: es könne aus dem Westbund austreten, wenn sich die Vereinigten Staaten einer klaren Wendung zur Politik der Verständigung widersetzen, und so die amerikanische «Politik der Stärke» – der Zurückwerfung des Kommunismus durch militärischen Druck – gegenstandslos machen. Es sei vor allem die Aufgabe der *L a b o u r p a r t e i*, England diesen Weg zu weisen. Solange sie sich mit der Herstellung und Bereithaltung der H-Bombe einverstanden erkläre, nehme sie eben auch die Behauptung der Konservativen an, daß die Sowjetunion den Westen angreifen wolle, und müsse England in der Stellung eines getreuen Satelliten Amerikas belassen, mit all den katastrophalen Folgen, die daraus für Großbritanniens Wohlfahrt und Existenz entstehen würden.

Ist von der Labourpartei eine solche Führerschaft zu erwarten? Sehen wir zu. Sicher scheint – wenn sich die politische Wetterlage in England so weiterentwickelt wie in den letzten Monaten –, daß bei den nächsten Unterhauswahlen die Labourpartei eine deutliche Mehrheit gewinnen wird. Die Volksstimmung kehrt sich immer mehr gegen die Konservativen. Die Teuerung steigt unaufhaltsam, die alten kapitalistischen Mittel, ihrer Herr zu werden, verfangen nicht, die Kampf Stimmung in der Arbeiterschaft wächst und wird von einem neuen Geschlecht gewerkschaftlicher Führer geteilt und gefördert, mit Frank Cousins, dem sozialistisch denkenden Leiter des Transportarbeiterverbands (1 300 000 Mitglieder), an der Spitze. Die Labourpartei hat zwar noch keinen erkennbaren Plan für die Überwindung der Geldentwertung und zögert, wie ihr Jahreskongreß in Brighton erneut zeigt, immer noch aufs bedenklichste mit der Verkündung und Verfechtung eines konsequent sozialistischen Wirtschaftsprogramms, flüchtet sich vielmehr in die Empfehlung von trügerischen Scheinreformen wie der Erwerbung von Aktien der großkapitalistischen Erwerbsgesellschaften durch den Staat (die Hälfte der britischen Wirtschaft wird durch rund 500 Riesenunternehmungen beherrscht) und will sich nur auf die Wiederverstaatlichung des Lastwagen-Fernverkehrs, die großzügige Förde-

rung des Wohnungsbaus, die Erhöhung der Alterspensionen und andere sozialpolitische Kernmaßnahmen festlegen.

In der Außenpolitik aber hat der Parteitag von Brighton recht vernünftig klingende Forderungen erhoben: Einigung Deutschlands im Rahmen einer europäischen Sicherheitsordnung (also durch Neutralisierung, außerhalb der NATO), Aufnahme Chinas in den Sicherheitsrat, Verhandlungen über alle Streitfragen mit der Sowjetunion, China und den östlichen Volksrepubliken, nicht zuletzt auch Beiziehung der Sowjetunion zur Lösung der Orientfrage und rasche Gewährung der Selbstregierung an die Kolonialvölker, deren Wirtschaft und Lebenshaltung durch Einsatz großer Mittel planmäßig entwickelt werden soll. Eine solche Politik – das ist ein Leitgedanke auch der Beschlüsse von Brighton – braucht die Konkurrenz des Kommunismus nicht zu fürchten. «Die Konservativen, die eben dazu da sind, die bestehende Gesellschaftsordnung zu erhalten, setzen soziale Unrast mit Kommunismus und Kommunismus mit sowjetischer Angriffspolitik gleich und wännen, Ideen mit Waffen und Bündnissen bekämpfen zu können. Wir Sozialisten», so schreibt Konni Zilliacus in der «Monthly Review» (November), «wissen, daß die Drohung des Kommunismus sozialer, nicht militärischer Art ist und daß eine Idee nur mit einer besseren Idee überwunden werden kann. Wir vertrauen, daß der demokratische Sozialismus eine bessere Idee ist als der Kommunismus.»

Das Leidige ist nur, daß die Labourführung in der Praxis keine grundsätzlich andere Außenpolitik betreibt als die konservative Regierung mit ihrem kriegerischen Antikommunismus. Wenn sogar ein Bevan jetzt die H-Bombe als Abschreckungswaffe gegenüber der Sowjetunion wie als Druckmittel auch gegenüber Amerika nicht entbehren zu können erklärt und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten vorderhand nicht preisgeben will, was soll man da von einer kommenden Labourregierung hoffen, in der die rechtsstehenden Partei- und Gewerkschaftsführer ohne jeden Zweifel das entscheidende Wort zu sagen haben werden? Oder wird doch die bare wirtschaftliche Notwendigkeit eine Wendung zum Guten erzwingen – die immer schwerer werdende Last der Kriegsrüstungen, die den für England lebenswichtigen Ausfuhrindustrien viel zu viele Kräfte und Mittel entzieht und die Teuerung immer weitertreibt? Zilliacus wird wohl recht haben: «Wenn die nächste Labourregierung unsere Rüstungen nicht massiv einschränkt – mögen andere tun, was sie wollen –, so wird sie der Inflation keinen Einhalt zu tun vermögen, und all ihre Verheißungen und Pläne in der Innenpolitik werden nicht einmal das Papier wert sein, auf das sie geschrieben sind. Das ist die unerschütterliche Wirklichkeit.» Und das heißt, daß eine solche Labourregierung von vornherein zum schmachlichen Mißerfolg verurteilt wäre.

In Frankreich: Weiterwursteln Bietet England und besonders seine Labourbewegung doch etwelche Hoffnung für die Zukunft, so scheint man auf Frankreich für absehbare Zeit überhaupt nicht mehr zählen zu können. Seine Lage erinnert an ein Wort, das im k. k. Österreich-Ungarn seinerzeit umging: «Die Lage ist verzweifelt, aber nicht ernst.» Das hieß: Sie wird nicht ernst genommen. Frankreich steckt wirklich in erschreckenden Schwierigkeiten. Der Algerienkrieg, der jetzt in sein viertes Jahr geht, kostet alljährlich etwa achteinhalb Milliarden Schweizer Franken. Aus eigenen Mitteln kann Frankreich diese Riesenausgabe nicht leisten. So wird eben zunächst das große Loch im Budget noch größer, die Zahlungsbilanz der Volkswirtschaft immer schlechter, die Inflation immer unaufhaltsamer. Aber in Paris weiß man auch, daß Amerika seinen französischen Partner nicht fallenlassen kann. «Die Furcht greift um sich», wie «U.S. News & World Report» (15. November) bemerkt, «daß ein Zusammenbruch in Algerien einen Wirtschaftskrach im Mutterland auslösen und die Zukunft des republikanischen Regimes in Frankreich gefährden könne. Und wenn Frankreich in die Luft geht, so würde diese Explosion so gut wie sicher das ganze (westmächtige) Verteidigungssystem sprengen, wie es jetzt angelegt ist . . . Frankreich ist der Hauptstützpunkt für die Versorgung, die Verbindungen und die taktische Luftwaffe der Zentralfront der NATO zwischen Ostsee und Alpen. Fast ein Dutzend Geschwader der amerikanischen und kanadischen taktischen Luftflotte ist hier stationiert. Die fünf amerikanischen Divisionen längs des Eisernen Vorhangs in Deutschland sind für ihre Versorgung vom Atlantik her auf Frankreich angewiesen. Frankreich ist das politische und militärische Hauptquartier der NATO und wird von den Verteidigungsplanern als das wichtigste Stück militärischen Grund und Bodens in Europa angesehen.»

Die Folge ist, daß sich Frankreich wie in den letzten zwei Jahren, so auch in der nächsten Zukunft seine tollen Ausgaben von seinen guten Freunden wird bezahlen lassen können. Es darf in der Tat erkleckliche Anleihen vom Internationalen Währungsfonds und von der Weltbank erwarten, das heißt also in der Hauptsache von Amerika, in verschleierte Form – damit die nationalen Gefühle nicht zu sehr verletzt werden – auch von Deutschland, dem ehemaligen Erbfeind. Natürlich sind auswärtige Anleihen und weitere Verschuldung keine wirklichen Heilmittel für das Übel, an dem Frankreich krankt; die Krise wird früher oder später aufs neue in akuter Gestalt ausbrechen. Aber was will Monsieur Gaillard und seine Mannschaft sonst machen? Etwa den Algerienkrieg abbrechen, den Frankreich, wie jedermann weiß, ja doch nicht gewinnen kann? Das gäbe eine Revolution von rechts bis mittellinks, obwohl die Führer der Nationalen Freiheitsfront in Algerien zum erstenmal zu verstehen gegeben haben, daß sie nicht länger darauf beharren, Frankreich müsse vor der Einleitung von Verhandlungen die Unabhängigkeit Algeriens grundsätzlich anerkennen.

Oder sollen wirklich einschneidende Ersparnisse im Staatshaushalt gemacht, die Steuern kräftig erhöht, die landwirtschaftlichen Subventionen gekürzt, die Löhne niedergehalten und die Kapitalanlagen eingeschränkt werden? Welche Zumutung! Jeder Versuch Gaillards (der mit neun Parteien auskommen muß, um seine Mehrheit zusammenzuhalten), solch ein Programm auch nur aufzustellen, müßte eine neue Regierungskrise von unvorstellbarem Ausmaß herbeiführen, und dazu hat er wahrlich keine Lust. So wird eben weitergewurstelt wie bisher – «nach uns die Sintflut!» Und die Linke – Linksradikale, Sozialisten und Kommunisten –, die bei den Wahlen von 1956 mit der Losung «Frieden in Algerien und soziale Reformen!» die Mehrheit gewann, bleibt auch fernerhin heillos gespalten und gelähmt – zum Nutzen der konservativ-reaktionären Rechten und ihrer amerikanischen Gönner...

*

Von Westdeutschland wollen wir diesmal lieber nicht reden; daß Bundespräsident Heuß nach seinem römischen Besuch den Papst in einem Telegramm an dessen Feststellung erinnern konnte: «Der Heilige Stuhl und die Bundesrepublik stehen im Kampf um die Freiheit in einer gemeinsamen Abwehrfront» – das besagt ja eigentlich alles über die Rolle, die der Staat Adenauers spielt. Und auch die großen Probleme, die sich in Ost- und Westafrika wie in Süd- und Ostasien erheben, müssen für eine spätere Beleuchtung aufgespart bleiben. Hingegen sei, da dies ein Grundthema unserer Betrachtungen im alten Jahre war und es wohl auch im neuen sein wird, abschließend noch ein Wort zur allgemeinen Auseinandersetzung zwischen K o m m u n i s m u s und «freier Welt» angefügt.

Die Kommunismusfrage, dessen bin ich überzeugt, wird nicht zur Ruhe kommen, solange es noch Klassen und ganze Völker gibt, die in untermenschlichen Verhältnissen dahinleben. Zuerst müssen überall die Grundbedingungen für ein menschenwürdiges Leben geschaffen werden, muß Sicherheit dafür gewährleistet sein, daß der Mensch nicht mehr in Armut und Elend, in Unwissenheit, Krankheit und Schmutz verkommt, bis er auch persönlicher und politischer Freiheitsrechte teilhaftig werden kann. Auch im Westen ist ja die politische Demokratie, so gewiß sie in ewigen Wahrheiten wurzelt, erst auf dem Boden wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wohlfahrt großgewachsen. Schon darum ist es wirklichkeitsfremd, wenn jetzt der Westen, den Ursprung seiner eigenen Freiheitsrechte vergessend, die soziale Frage, besonders diejenige der unterentwickelten Völker, als nur auf der Grundlage der politischen Demokratie lösbar erklärt.

Natürlich k ö n n t e die soziale Frage mit Hilfe der politischen Demokratie gelöst werden und wird es auch in den fortgeschrittenen Ländern bis zu einem gewissen Grad. Aber die politische Demokratie ist eben so eng mit dem Kapitalismus und der bürgerlichen Klassenherrschaft verbündet und verknüpft, daß es ihren Trägern am Willen zur s o z i a l e n Demokratie, zur radikalen Umwälzung der Eigentums-

ordnungen, völlig gebricht. Da indessen diese Umwälzung dennoch kommen muß und nur alle Tage dringlicher wird, hat es eben der Kommunismus unternommen, sie o h n e politische Demokratie herbeizuführen, fehlten doch in Rußland, China, Polen usw. alle Voraussetzungen für eine wirkliche Selbstregierung des Volkes, nicht zuletzt durch die Schuld der westlichen «Demokratien», mit deren Ausbeutungsmöglichkeiten in den unterentwickelten Ländern es bald zu Ende gewesen wäre, wenn das Volk – und nicht die einheimische Herrenklasse – regiert hätte. Der Westen, seine Demokratie und sein Christentum, sie haben darum keinerlei Recht, den Kommunismus wegen seiner Gewaltherrschaft zu verdammen. Das ist eitel Heuchelei. Der Westen r e d e t nur von Demokratie, meint aber den Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaftsverfassung und Lebensform. Er ist ganz und gar nicht gegen die politische Diktatur, wo sie seinen Zwecken dient, und verbündet sich mit ihr ohne Bedenken, wenn es den Kampf gegen die soziale Revolution gilt. In den kommunistisch regierten Ländern aber will er die Diktatur nur darum beseitigen, weil er überzeugt ist, daß damit auch alle Ansätze zum Sozialismus beseitigt würden und eine Demokratie, wie er sie auffaßt, ebenso leicht zur W i e d e r h e r s t e l l u n g der bürgerlich-kapitalistischen Ordnungen mißbraucht werden könnte, wie sie im Westen zu deren E r h a l t u n g mißbraucht wird.

So bleibt es einfach die schwere Schuld der angeblich freien Welt, wenn wirtschaftlich-soziale Befreiung und politische Freiheit nicht gleichzeitig verwirklicht werden können. Es ist ganz unvermeidlich geworden, daß namentlich in den «zurückgebliebenen» und vom «demokratischen» Westen so lange kapitalistisch ausgenützten Ländern des Ostens, aber weithin auch im Westen selbst, zuerst die soziale (und nationale) Befreiung erkämpft wird, damit dann auch politische Freiheit aufblühen und gesichert werden kann. Um mit Abbé Pierre zu reden: «Die Menschen in den unterentwickelten Ländern wollen lieber mit dem Kommunismus essen als mit unserer Freiheit Hungers sterben.» Wie wär's, wenn einige unserer diplomierten Freiheitsprediger dieses Wort einmal zum Gegenstand ihrer Weihnachts- oder Neujahrsbetrachtungen machen wollten?

6. Dezember

Hugo Kramer

Wir oder sie?

In einer Radiochronik der «NZZ» (Nr. 3026) kommentiert Herr ... we einen Radiovortrag, «Der Weltfriede – das Weltproblem», wie folgt:

«In seiner Einführung legte Prof. Dr. Richard F. Behrendt die Aufgabe der Sendereihe dar: sie will versuchen, die Frage zu beantworten, ob und wie wir zivilisiert werden können, in dem Sinn, daß wir – und ‚wir‘ heißt die heutige Menschheit als Ganzes – fähig sind, für gemeinsame Ziele zusammenzuarbeiten.»